

Medienmitteilung der Schweizer Klima-Allianz vom 1. Dezember 2017

CO₂-Gesetz: Bundesrat verschaukelt die Schweizer Bevölkerung

Mit der heute präsentierten Gesetzesvorlage will der Bundesrat den Pariser Klimavertrag umsetzen. Leider wird die Vorlage dem Auftrag keineswegs gerecht. Die Zielvorgaben sind ungenügend und eine verursachergerechte Klimafinanzierung fehlt vollkommen. Die Klima-Allianz fordert das Parlament auf, die Ambitionen mindestens zu verdoppeln.

Um die Erderwärmung zu beschränken, muss der Treibhausgasausstoss in allen Ländern weltweit auf netto null gesenkt werden.

Schon ein Blick auf den Zweckartikel (Art. 1) des CO₂-Gesetzesentwurfs bestätigt die Befürchtung, dass sich der Bundesrat nicht an den Zielen von Paris orientieren will. Trotz der in Paris beschlossenen neuen Zielsetzung (*deutlich* unter 2°C und *möglichst* 1.5°C) schwächt der Bundesrat die Formulierung (*weniger* als 2°C). «In Paris wurde das Ziel angepasst, weil das Katastrophenrisiko für Ökosysteme und Bevölkerung mit jedem Zehntelsgrad Erhitzung stark ansteigt», sagt Georg Klingler von Greenpeace Schweiz. Dass der Bundesrat den Klimavertrag von Paris nicht umsetzen möchte, zeigt sich auch daran, dass es in der Vorlage keine Vorschläge für eine effektive Regulierung des Finanzplatzes gibt.

Mit seiner Weiter-wie-bisher-Vorlage verkennt der Bundesrat die Empfehlungen der Wissenschaft und nimmt gefährliche Folgen für die Schweiz in Kauf. Die Klima-Allianz Schweiz hat darum schon 2015 eine [Petition mit über 107'000 Unterschriften](#) eingereicht. Die Hauptforderungen an Parlament und Bundesrat sind dringend wie eh und je; der Bundesrat muss eine gerechte und ambitionierte Klimapolitik anstreben:

- (1) Die Schweiz muss **ihre eigenen Treibhausgasemissionen bis 2030 um 60 Prozent gegenüber 1990 reduzieren.**
- (2) Die Schweiz muss angemessene **finanzielle Unterstützung für Entwicklungsländer im Kampf gegen Klimaveränderungen und daraus resultierende Schäden** mobilisieren.

Seit dem historischen Durchbruch in Paris, spätestens jedoch mit der Ratifikation des Klimaübereinkommens hat sich der Bundesrat verpflichtet, dessen Ziele in der Schweizer Gesetzgebung umzusetzen. «Gemessen daran ist der heute präsentierte Bundesratsvorschlag komplett ungenügend. Der Bundesrat scheint nicht gewillt, im Klimaschutz seine Regierungsaufgabe wahrzunehmen», sagt Patrick Hofstetter vom WWF.

Jürg Staudenmann von Alliance Sud fügt an: «Ausserdem muss die Schweiz ab 2020 die vom Klimawandel direkt betroffenen Entwicklungsländer mit jährlich einer Milliarde Franken unterstützen; doch darauf geht die Vorlage schon gar nicht ein!»

Nun ist es am Parlament, eine taugliche Gesetzesrevision zu erarbeiten, die dem Pariser Klimavertrag gerecht wird. Dafür kann der Klima-Masterplan als Orientierung dienen, den die Klima-Allianz mit ihren über 70 Organisationen erarbeitet hat. Darin wird aufgezeigt, mit welchen Instrumenten und Massnahmen eine Schweizer Klimapolitik im Sinne des Pariser Klimavertrags möglich ist.

Denn «mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf fühlt sich die Zivilgesellschaft, repräsentiert durch die Mitgliederorganisationen der Klima-Allianz und über 100'000 UnterzeichnerInnen der Klima-Petition von 2015, von der Landesregierung verschaukelt. Dies umso mehr, als eine diese Woche veröffentlichte SRG-Umfrage klar gezeigt hat, dass die Klimakrise für die Bevölkerung in der ganzen Schweiz die grösste Bedrohung darstellt.», sagt Christian Lüthi von der Klima-Allianz.

Weitere Informationen:

Petition für gerechte Klimapolitik der Klima-Allianz: <http://www.klima-allianz.ch/blog/klimapetition>

Klima-Masterplan Schweiz zur Umsetzung des Paris-Abkommens: <http://www.klima-allianz.ch/blog/klima-masterplan>

Kontakt:

Christian Lüthi, Geschäftsleiter Klima-Allianz Schweiz, 076 580 44 99

Jürg Staudenmann, Verantwortlicher Klima- und Umweltpolitik, Alliance Sud, 079 152 41 72

Patrick Hofstetter, Leiter Klima & Energie, WWF Schweiz, 076 305 67 37

Georg Klingler, Klimaexperte, Greenpeace Schweiz, 079 785 07 38

Die über 70 Mitglieder der Klima-Allianz:

A Rocha Suisse	Junge Grüne
ACG Association Climat Genève	Kleinbauern-Vereinigung
ACSI - Associazione consumatrici e consumatori della Svizzera italiana	KlimaSeniorinnen
Actares - Aktionariat mit Verantwortung	Mountain Wilderness
aefu - Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz	myblueplanet
Alliance Sud	myclimate
Alpen-Initiative	Naturfreunde Schweiz NFS
Alternatiba Léman	Noé21
Artisans de la Transition	Oeku Kirche und Umwelt
Biomasse Schweiz	Ökozentrum Langenbruck
BirdLife Schweiz	PanEco
Brot für alle	Partner Sein
Bruno Manser Fonds	Pro Natura
Campax	Pro Velo
CCJS Coordination Climat Justice Sociale	Public Eye
CIPRA	Religiöse Gesellschaft der Schweizer Quäker
Comundo	SES
Eaternity	SEV Gewerkschaft des Verkehrspersonals
equiterre	SGB Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Evangelische Frauen Schweiz	SKF Schweizerischer Katholischer Frauenbund
Fastenopfer	SKS Stiftung Konsumentenschutz
Fondation Antenna Technologies	SolarSpar
Fossilfree	Solidar Suisse
Generation Klima Schweiz	SP Schweiz
GIBB Gesundes Haus / Gibbeco	SSES
GLP	SSF Schweiz. Schutzverband gegen Flugemissionen
Grands-Parents pour le Climat	Swissaid
Greenbuzz	Swissolar
Greenpeace	SYFC Swiss Youth for Climate
Grüne Partei	Terre des hommes
Hausverein	Thinkpact Zukunft
HEKS	umverkehR
Helvetas	vbu Vereinigung Bündner Umweltorganisationen
Integrale Politik	VCS
INWO	WWF
	Zukunft statt Kohle